

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 11.07.2005
	Schriftführer                      Telefon-Nr. Herr Kredelbach                      02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuss</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 28. Juni 2005</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr – 19:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.05.2005 - öffentlicher Teil -  
292/2005**
- 4.      Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.      2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach  
297/2005**
- 6.      Regionale 2010  
359/2005**
- 7.      Genehmigung von Dienstreisen gem. § 5 Abs. 3 Nr. 7 der Zuständigkeitsordnung**

**der Stadt Bergisch Gladbach (ZustO) zur Teilnahme an Sitzungen des Präsidiums und der Gremien des Städte- und Gemeindebundes (StGB) NRW**  
*342/2005*

8. **Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V.**  
*357/2005*
9. **Streichung von Namen aus dem Straßenverzeichnis**  
*346/2005*
- 10.1 **Rahmenplanung Bensberg- Gewerbe-**  
*358/2005*
- 10.2 **Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Bergisch Gladbach von 2006 bis 2009**  
*329/2005*
- 11.1 **Fortschreibung des Räumlich- Funktionalen Entwicklungskonzeptes (RFK); Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.05.2005**  
*318/2005*
- 11.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.05.2005 zur behinder- gerechten Umgestaltung der Fußgängerzone Stadtmitte**  
*347/2005*
- 11.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.05.2005, eine Öffnung der Strunde im Rahmen der Umsetzung der Ziele der Regionale 2010 zu prüfen und ggf. als zu förderndes Projekt beim Regionale- Ausschuss der Bezirksregie- rung Köln anzumelden**  
*350/2005*
- 11.4 **Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2005 zum Unterrichtsrecht für Rats- mitglieder gem. § 113 Abs. 5 GO NRW**  
*349/2005*
- 11.6 **Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2006 zur Prüfung der Jahresabschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich im allei- nigen Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach befinden**  
*351/2005*
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B**      **Nichtöffentlicher Teil**

1.      **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung  
- nichtöffentlicher Teil -**
  
2.      **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.05.2005 - nichtöffentlicher Teil -  
293/2005**
  
3.      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
4.      **Anerkennung von ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten des Bürgermeisters  
362/2005**
  
5.      **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Er benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. Die Einladung vom 15.6.2005 mit den dazugehörigen Vorlagen und
2. die Vorlage 297/ 2005 zu Punkt 5 des öffentlichen Teiles.

Unter Hinweis darauf, dass eine Behandlung der Angelegenheit in der Sondersitzung des Rates vor diesem Hauptausschuss nicht möglich war, bittet Frau Ryborsch um Aufnahme des Punktes „Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Bergisch Gladbach 2006 bis 2009“ in die Tagesordnung des öffentlichen Teiles. Für dessen Behandlung sei eine Dringlichkeit gegeben, da der Mietvertrag zwischen der Verbraucherberatungsstelle und deren Vermieter zum 30.6.2005 auslaufe und schnellstmöglich Klarheit über dessen Verlängerung gewonnen werden müsse. Dies bedinge jedoch eine Entscheidung über die zukünftige Finanzierung der Beratungsstelle.

Bürgermeister Orth bestätigt, dass die Dringlichkeit gegeben sei. Er weist darauf hin, dass der Hauptausschuss heute nur eine Beschlussempfehlung unterbreiten könne. Die endgültige Entscheidung treffe der Rat. Alternativ könne eine Behandlung heute unterbleiben, wenn dieser in seiner Sitzung am 5.7.2005 die Entscheidung an sich ziehe und unmittelbar über die Angelegenheit befinde.

Herr Albrecht hält die von Bürgermeister Orth benannte Alternative für sinnvoll.

Herr Schneeloch hält es mit Blick auf den Termin des 30.06. 2005 für angebracht, dem Rat bereits heute ein Signal zu geben.

Herr Schütz, Herr Lang und Frau Koshofer schließen sich dieser Auffassung an. Eine Behandlung in der heutigen Sitzung könne keinesfalls schädlich sein.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

**Der Punkt „Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Bergisch Gladbach von 2006 bis 2009“ wird in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen.**

Bürgermeister Orth schlägt vor, die Angelegenheit als Punkt 10.2 in die Tagesordnung des öffentlichen Teiles zu integrieren.

Hierüber besteht Einvernehmen.

2. <-@  
**Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

3. <-@  
**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.05.2005 - öffentlicher Teil -**

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. <-@  
**Mitteilungen des Bürgermeisters**

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

5. <-@  
**2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**

@-> Gleichstellungsbeauftragte Fahner erläutert den 2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach im Wege einer PowerPoint- Präsentation. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach beantwortet sie die aus der Mitte des Ausschusses gestellten Fragen.

Herr Lang weist darauf hin, dass das neue Tarifrecht nicht mehr zwischen Arbeiter und Angestellten unterscheidet. Insoweit müssten die Daten für den nächsten Frauenförderplan anders aufbereitet und dargestellt werden. Bei den höherwertigen Stellen sollten die Beamten und Angestellten künftig vergleichend erfasst werden. Ob jemand Angestellter oder Beamter werde, sei eher zufällig. Für beide Bereiche gelte es, eine Gleichheit anzustreben. Er möchte wissen, wie bei den ehemaligen Arbeiterinnen der Frauenanteil erhöht werden könne, wenn die Stadt selbst zunehmend keine Raumpflegerinnen mehr beschäftige.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner hält es für notwendig, das Interesse von Mädchen und Frauen an bestimmten Berufsbildern bereits frühzeitig zu wecken, z. B. durch die Durchführung eines „Girls Day“. Zudem könnten Frauen gezielt zu einer Bewerbung aufgefordert werden.

Frau Ryborsch bedauert, dass in den Führungspositionen der Stadt der Frauenanteil nicht erhöht werden konnte. So seien drei Fachbereichsleiterposten neu mit Männern besetzt worden. Sie möchte wissen, wie man in diesem Bereich erfolgreicher agieren könne. Bei der Besetzung einer der drei Fachbereichsleiterstellen habe es einen Widerspruch der Gleichstellungsbeauftragten gegeben.

Herr Albrecht nimmt Bezug auf den im Frauenförderplan ermittelten „Frauenanteil

nach Berufsgruppen der Angestellten“ in Höhe von insgesamt 53,6 Prozent und die vorgeschlagenen Maßnahmen. Letztere bedingten eine massive Erhöhung des Frauenanteils auf weit über 60 Prozent. Ihm fehle für die Bereiche, in denen Frauen überrepräsentiert seien, der Hinweis auf einen Abschluss. Ziel müsse es sein, für alle Teilbereiche ein Verhältnis von 50 zu 50 zu erreichen.

Frau Holzmann möchte wissen, wie viele Frauen sich für die Besetzung der genannten drei Fachbereichsleiterstellen beworben haben. Im Bereich der Feuerwehr sei ihres Wissens eine Beamtin eingestellt worden, weshalb eine der diesbezüglichen Angaben im Frauenförderplan nicht korrekt sei.

Frau Beisenherz- Galas weist darauf hin, dass ein Frauenanteil von 50 Prozent eine gesetzliche Vorgabe sei. Wille des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann sei es gewesen, keine Rücksicht auf die Bewerbungslage zu nehmen, sondern für die Besetzung von Stellen in jedem Fall gezielt nach Frauen zu suchen.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner erläutert, dass sich die Zahlen im Bereich der Feuerwehr nach Angestellten und Beamten differenzierten. Bei den beamteten klassischen Feuerwehrleuten handle es sich ausschließlich um Männer. Im Bereich der Sanitäter und Rettungsassistenten habe es insgesamt sechs Einstellungen, davon zwei Frauen, gegeben. Hierbei handle es sich jedoch um Angestellte. Im Bereich der Fachbereichsleitungen habe es durchaus Bewerbungen von Frauen gegeben. In einem Fall habe sie auch Gebrauch von ihrem Widerspruchsrecht gemacht. Für den Bereich der Besetzung von Führungspositionen sei allein der Rat verantwortlich, so dass dieser bereits im Vorfeld einen Einfluss darauf ausübe, wer sich bewerbe oder zu einer Bewerbung aufgefordert werde. Generell gelte bei Einstellungen die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber. Es sei eine Tatsache, dass sich in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen kaum Männer befänden. Die entsprechenden Tätigkeitsbereiche seien für Männer wegen der schlechten Bezahlung schlicht uninteressant. Werde auch in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine Geschlechterparität angestrebt, werde sie sich dem nicht verschließen. Die Stadt betreibe durchaus auch eine Männerförderung. Als Beispiel benennt sie den Bereich der Familienhilfe.

Bürgermeister Orth ergänzt, dass der Grad der Zielerreichung in der Frauenförderung nach wie vor zu wünschen übrig lasse. Eine Vermutung in diese Richtung liege auch für den neuen Frauenförderplan nahe, wenngleich die Verwaltung dies nicht zu verantworten habe. Die notwendige Haushaltskonsolidierung enge auch den Spielraum für eine Frauenförderung erheblich ein. Im gesellschaftlichen Bereich beherrschten zudem traditionelle Rollenmuster nach wie vor das Bewerbungsverhalten.

Auf Nachfrage von Frau Kreft bestätigt Bürgermeister Orth, dass der Hauptausschuss über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann auf Ergänzung bzw. Änderung des Frauenförderplanes zu befinden habe.

Frau Kreft betont die Notwendigkeit, den Änderungswünschen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann zu folgen. Wolle man eine Erhöhung des Frauenanteils in den Bereichen des gehobenen und höheren Dienstes erreichen, müsse künftig das Bewerbungsverfahren entsprechend gestaltet werden. Es sei notwendig, möglichst viele qualifizierte Frauen zu einer Bewerbung zu animieren. Maßnahmen der Verwaltung müssten begleitend zu einer Ausschreibung auf eine Veränderung der Bewerberlage abstellen.

Bürgermeister Orth ergänzt, dass der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann dem Rat den Frauenförderplan mit diesen Ergänzungen einstimmig zur Beschlussfassung empfehle.

Herr Albrecht beantragt eine getrennte Abstimmung über die Änderungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Frau Ryborsch begründet den Antrag ihrer Fraktion vom 21.6.2005 auf Aufnahme eines Zusatzes hinsichtlich des Gender- Budgeting in den Frauenförderplan. Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Es handele sich um eine geschlechtergerechte Aufteilung der Budgets im Rahmen des NKF. Sie schlägt vor, den Antrag sowohl in den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann als auch in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu überweisen.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 21.6.2005 wird in den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss überwiesen.**

Im Anschluss daran unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von FDP, KIDinitiative und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlussempfehlung**:

**In den „Zielen und Maßnahmen“ des 2. Frauenförderplanes werden alle Zusätze „sofern die Bewerbungslage dies zulässt“ gestrichen.**

Danach unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlussempfehlung**:

**Unter dem Punkt 2.5 „Übergreifende Ziele und Maßnahmen“, hier „Externe Stellenbesetzungen“ ist gezielt der Zusatz „Es ist aktiv nach geeigneten Frauen zu suchen“ hinzuzufügen.**

Zuletzt unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlussempfehlung**:

**Der 2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird unter Berücksichtigung der oben genannten Änderung und Ergänzung beschlossen.**

## 6. <-@ **Regionale 2010**

@-> Bürgermeister Orth weist auf ein Schreiben der „Regionale 2010 Agentur“ vom 13.6.2005 hinsichtlich des Sachstandes der Projekte der Stadt Bergisch Gladbach im Kontext der Regionale 2010 hin. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass sich bei der Regionale inzwischen erhebliche Veränderungen bei der Organisationsstruktur, den agierenden Personen und der in-

haltlichen Ausrichtung ergeben hätten. Ursprünglich habe es sich um ein regional ausgerichtetes Förderinstrumentarium gehandelt. Inzwischen liege ein strategischer Planungsansatz vor, der sich komplexer planerischer Themen annehme. Großer Wert werde auf den Planungsprozess als solchen und die Partizipation der Bürgerschaft gelegt. Hieraus ergebe sich ein neuer Blickwinkel sowohl auf die Stadt als auch auf die Region. Die Regionale habe den Charakter einer Biennale. Es gehe nicht nur darum, Prozesse anzustoßen, sondern Projekte mit einem hohen Qualitätsanspruch zu finden. Es solle sich um Projekte handeln, die über die Stadtgrenzen hinaus entweder attraktiv und interessant oder vom planerischen Ansatz her modellhaft seien. Die Vorlage sei ein Zwischenbericht hinsichtlich der Aktivitäten der Verwaltung. Dargestellt habe man drei Projektansätze, die zwar noch nicht die Qualifizierung als A- Projekt erhalten hätten, jedoch von der Agentur positiv bewertet würden. Diese stufe die Überlegungen der Stadt zum Thema Geologie in Richtung des Arbeitsbereiches „grün“ ein.

Frau Koshofer regt an, die Inhalte so aufzubereiten, dass Bergisch Gladbach gerade auch für Kölner Bürger als Ausflugsziel an Attraktivität gewinne. Sie möchte wissen, ob der Bergische Geschichtsverein mit einbezogen wurde. Zuletzt interessiere sie die Frage nach den Kosten.

Für Herrn Albrecht sind gerade die überregionalen Projekte diejenigen mit den höchsten Erfolgsaussichten. Diese wanderten in der Kategorien-Unterteilung des Vorstands der Regionale sehr weit nach oben. Er verweist auf das Beispiel des Geländes der Firma Steinmüller in Gummersbach, dessen Aufbereitung im Sinne der Regionale von der Zustimmung der oberbergischen Kommunen getragen werde und ohne letztere in der Kategorien-Unterteilung nicht so weit oben angesiedelt wäre. Daher seien die in der Vorlage dargestellten überörtlichen Projektansätze in Kooperation mit den anderen betroffenen Kommunen voranzutreiben.

Frau Ryborsch bedauert, dass die Verwaltung den Geschäftsführer der „Regionale 2010 Agentur“ und den zuständigen Mitarbeiter des Kreises nicht zu einem persönlichen Vortrag in den Hauptausschuss eingeladen habe. Sie geht davon aus, dass einige Projekte für die Stadt von höchstmöglicher Attraktivität sein können. Hierzu zählt sie die Öffnung der Strunde. In Bezug auf den Arbeitsbereich „Mobilität“ wünscht sie eine Einbringung der angedachten Projekte in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

Frau Beisenherz- Galas weist auf die Absicht hin, im Rahmen der „Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach“ die Strunde zu öffnen und die Mühlen durch einen Fuß- und Radweg miteinander zu verbinden. Da die Strunde jedoch teilweise unterirdisch verlaufe, möchte Sie wissen, ob es bereits konkrete Planungen zu deren Öffnung gebe.

Für Stadtbaurat Schmickler ist der „Interaktive Freizeitplaner“ ein geeignetes Instrumentarium zur Steigerung der Attraktivität von Bergisch Gladbach in touristischer Hinsicht. Hier liege die Zuständigkeit beim Kreis, jedoch erhalte dieser von der Stadtverwaltung alle notwendigen Informationen. Der Bergische Geschichtsverein sei in das Projekt der „Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach“ mit eingebunden. Beim Kreis gebe es einen Mitarbeiter, der für die Arbeit an den Projekten der Regionale 2010 freigestellt wurde und in alle internen Gremien eingebunden sei. Ein Vortrag des Geschäftsführers der „Regionale 2010 Agentur“ sei im Rahmen der großen

Auftaktveranstaltung geplant. Im Gefolge dieser Auftaktveranstaltung könne der Arbeitsbereich „ Mobilität “ aufgegriffen werden. Nicht davon ausgehen dürfe man, dass aus den Fördermitteln für die Regionale 2010 große Projekte wie die Öffnung der Strunde finanziert werden können. Man müsse sich vielmehr auf bestimmte Punkte konzentrieren und dort beispielhaft die Wechselwirkung zwischen Stadt- Region- Gewässer aufzeigen. Maßnahmen seien ohnehin nur dort geplant, wo die Strunde bereits offen verlaufe. Eine Ausnahme bestehe für den Bereich Buchmühle, in welchem eine Öffnung jedoch erfolgen solle.

Für Bürgermeister Orth hat eine Beteiligung der Stadt an der Regionale 2010 mit eigenen Projekten allerhöchste Priorität. Es gehe nicht nur um die Möglichkeit einer Refinanzierung von Projekten über einen längeren Zeitraum hinweg, sondern auch um die Stadtentwicklung. Bergisch Gladbach werde in die Lage versetzt, mit externer Unterstützung in einem regionalen Vergleich Maßstäbe für die eigene Entwicklung zu finden und seine Identität in der Region zu definieren. Die Angelegenheit habe bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister nicht die notwendige Bedeutung gehabt, was inzwischen jedoch geändert wurde. Er habe die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um den Prozess in Gang zu bringen und die Kommunikation mit der „Regionale 2010 Agentur“ wesentlich zu verbessern. Die Stadt habe zum Erreichen der angestrebten Ziele noch viel zu leisten, wodurch verwaltungsintern personelle und andere Ressourcen gebunden würden. Er bittet die Fraktionen, die Priorität der angedachten Projekte zu diskutieren und zu akzeptieren, damit in dieser Frage im Herbst im Rat Einvernehmen erzielt werden könne. Vor diesem Hintergrund seien die personell ohnehin unterbesetzten Bereiche der Stadtplanung und der Stadtentwicklung nicht mehr mit zusätzlichen anderen Aufgaben zu belasten.

Auch Herr Albrecht bewertet die Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Regionale 2010 als überaus wichtig und stimmt den Ausführungen von Bürgermeister Orth zu.

Dieser ergänzt, dass zur Verwirklichung der Projekte die knappen Ressourcen der Verwaltung ggf. in Abstimmung mit dem politischen Raum aufzuteilen seien. Er sehe seine Funktion als Bürgermeister auch darin, die Fraktionen auf eine Überschreitung getroffener Vereinbarungen hinzuweisen.

Frau Ryborsch möchte wissen, wie man ein Gewässer (die Strunde) in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken wolle, wenn man es nicht freilege.

Stadtbaurat Schmickler entgegnet, dass der überwiegende Teil der Strunde bereits oberirdisch verlaufe. Problematisch sei, dass sie im Innenstadtbereich, wo sie ihre größte Wirkung entfalten könnte, noch nicht freigelegt wurde. Daher werde die Öffnung im Bereich der Buchmühle weiter verfolgt. Finanzielle Mittel seien bereits veranschlagt; zudem gebe es einen Zuwendungsbescheid des Landes. Es verbleibe ein unterirdischer Rechtsbereich, der voraussichtlich nicht geöffnet werden könne. Hier bestehe die Absicht, die Orte des Verschwindens und des Wiederauftauchens der Strunde besonders zu gestalten, um sie in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Eine solche Lösung sei städtebaulich vielleicht nicht befriedigend, biete jedoch die Möglichkeit kreativer planerischer Tätigkeit und ggf. eines Wettbewerbs.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt die Weiterbearbeitung der beschriebenen Projekte.

<-@

7. Genehmigung von Dienstreisen gem. § 5 Abs. 3 Nr. 7 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZustO) zur Teilnahme an Sitzungen des Präsidiums und der Gremien des Städte- und Gemeindebundes (StGB) NRW

@-> Frau Ryborsch teilt mit, dass sie auch Mitglied des Hauptausschusses des StGB NRW sei und bittet darum, den Beschlussvorschlag entsprechend zu erweitern.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die generelle Dienstreisegenehmigung für das Mitglied des Rates Frau Magda Ryborsch zur Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums und des Ausschusses für Gleichstellung des StGB NRW sowie für die Mitglieder des Rates Frau Rosmarie Schu und Frau Magda Ryborsch zur Teilnahme an den Sitzungen des Hauptausschusses des StGB NRW und für das Mitglied des Rates Frau Brigitte Schöttler- Fuchs zur Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses für Gleichstellung des StGB NRW wird im Zeitraum vom 06.04.2005 bis zum 15.10.2007 erteilt.**

<-@

8. Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V.

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauern, da er befangen ist.

Frau Ryborsch weist darauf hin, dass das Rathaus am Konrad- Adenauer- Platz im kommenden Jahr 100 Jahre alt wird. Sie möchte wissen, ob der Verschönerungsverein im Zusammenhang hiermit besondere Ideen oder Planungen habe.

Bürgermeister Orth weist bezüglich der Verwaltung auf die schlechte finanzielle Situation hin, weshalb von ihr initiierte Aktivitäten anlässlich der Jubiläen ( die Stadt selbst werde im kommenden Jahr 150 Jahre alt ) kaum in Betracht kämen. Mit dem Verschönerungsverein sei er hinsichtlich angemessener Maßnahmen im Gespräch.

Herr Albrecht bedankt sich für die großzügige Schenkung des Verschönerungsvereins, der sich wie bereits in den vergangenen Jahren einmal mehr um die Stadt verdient mache. Die geplante Vergoldung der Dachaufbauten sei zwar kostenträchtiger, biete jedoch die Gewähr für eine wesentlich höhere Haltbarkeit. Er hoffe, dass entsprechend dem Beispiel der Villa Zanders in absehbarer Zeit auch das Rathaus Konrad- Adenauer- Platz am Abend angestrahlt werden könne. Solches geschehe möglicherweise schon bald mit dem ehemaligen Büttgen- Gebäude.

Frau Schmidt-Bolzmann schließt sich dem Dank an den Verschönerungsverein an.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende **Beschlusssempfehlung:**

<-@

@-> **Die Schenkung des Verschönerungsvereines e. V. wird mit besonderem Dank**

angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

## 9. Streichung von Namen aus dem Straßenverzeichnis

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

<-@

@-> **Aus dem Straßenschlüsselverzeichnis sollen nachfolgend aufgelistete Bezeichnungen gestrichen werden:**

- 1) An den Warden
- 2) Bahnhof Forsbach
- 3) Peter – Bürling – Straße
- 4) Zum Wilden Jäger

<-@

## 10.1 Rahmenplanung Bensberg

@-> Stadtbaurat Schmickler begründet die Vorlage. Entsprechend den seinerzeitigen Beschlüssen würden der Bebauungsplan Obereschbach und die Planung für den Bereich Bockenberg Teil 1 mit besonderer Priorität bearbeitet. Letzterer habe Erweiterungsflächen für die Firma Milteny unter Sicherung deren Erschließung zum Inhalt. Mit einer geringeren Priorität würden für den Bereich Bockenberg die Erweiterung der Reha- Klinik oberhalb der Flächen für die Firma Milteny und unterhalb derselben bearbeitet. Für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen und daher nicht ausdrücklich als Gewerbefläche beschlossen sei die Fläche im Einmündungsbereich der Vinzenz- Pallotti- Str., auf die sich die Vorlage beziehe. Hier sei die Errichtung einer Endhaltestelle mit Park & Ride- Flächen für den Fall einer Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 vorgesehen.

Der von ihm benannte Betrieb benötige die neuen Flächen dringend. Erhalte er sie nicht, werde er Bergisch Gladbach unter Umständen verlassen. Er bittet den Hauptausschuss um die Zustimmung, auch im Bereich der Einmündung der Vinzenz- Pallotti- Str. Gewerbeflächen vorzusehen. Durch den Fachbereich 6 könne anschließend ein entsprechender Bebauungsplan erarbeitet und in den Planungsausschuss eingebracht werden. Der Betrieb beabsichtige auch künftig, seinen Handelsbereich auf einem hohen Qualitätsniveau beizubehalten. Er löse zudem wenig Verkehr aus und agiere daher lärmarm. Außerdem solle eine architektonisch ansprechende Lösung verwirklicht werden. Angedacht sei unter anderem eine begrünte Dachfläche. Alles in allem handle es sich um eine ansprechende Lösung für diesen Bereich.

Frau Ryborsch kritisiert die Vorlage als unzulänglich. Sie enthalte nicht einmal eine halbe Seite an Erläuterungen. Auf den Planunterlagen könne niemand etwas erkennen. Vor allem sei kein Grund erkennbar, weshalb der Hauptausschuss sich mit der Rahmenplanung Bensberg befassen müsse. Sie spricht sich für ein Gesamtkonzept für den Bereich der Gewerbeflächen aus und beantragt, dass die Stadt eine Gewerbeplanung erarbeitet, in der mittel- und langfristig Gewerbeflächen festgelegt werden, die

abgesicherten Kriterien und dem Willen des politischen Raumes entspreche. Es könne nicht sein, dass ein Bereich erst dann überplant werde, wenn sich ein Investor melde.

Frau Hammelrath schließt sich der Kritik hinsichtlich der beigegeführten Pläne an. Sie halte es für bedenklich, in öffentlicher Sitzung den Namen des Investors zu benennen. Dem beabsichtigten Erweiterungsstandort benachbart werde eine Bebauung entstehen, die planungsrechtlich bereits abgesichert sei. In der Sache bewerte sie den Vorstoß der Verwaltung als positiv, da es um die Standortsicherung eines bereits lange in der Stadt ansässigen Betriebes gehe. Dieser habe als zulässige Nutzung auch längerfristig eine Perspektive. Das mit ihm verbundene Verkehrsaufkommen werde sich auch künftig in einem überschaubaren Rahmen bewegen. Für das über die Grenzen der Stadt tätige Unternehmen sei ein Standort in unmittelbarer Nähe der Autobahn zu begrüßen.

Frau Schmidt-Bolzmann erinnert daran, dass die in Rede stehende Fläche nach einem Beschluss aus dem Jahre 2003 langfristig höchstens für die Anlegung von Park & Ride-Plätzen im Zusammenhang mit einer Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 in Betracht komme und ansonsten unbebaut bleiben sollte. Diese Fläche sei über die Jahre hinweg immer wieder mit verschiedenen Bebauungsvorstellungen im Gespräch gewesen. Sie erinnert an eine Bürgerinitiative unter Beteiligung des Vinzenz-Pallotti-Hospitals, die sich gegen eine Bebauung gewandt habe. Ihre Fraktion spreche sich dagegen aus, den ursprünglich geäußerten politischen Willen auf kaltem Wege aufzuheben. Die Angelegenheit zeige auch, wie sinnlos in Bergisch Gladbach ein räumlich-funktionales Entwicklungskonzept sei.

Bürgermeister Orth erinnert daran, dass es hinsichtlich einer Nutzung oder einem Freihalten der in Rede stehenden Fläche durchaus unterschiedliche Auffassungen gegeben habe. Überraschend sei der jetzige Vorstoß keinesfalls.

Herr Albrecht spricht sich dafür aus, der beabsichtigten Standortsicherung stattzugeben. Bergisch Gladbach verfüge nicht über so viele Gewerbeflächen wie andere Kommunen und müsse zugreifen, wenn sich immissionsarmes Gewerbe auf einer passenden Fläche ansiedeln wolle. Es handele sich um einen potenten Steuerzahler und Arbeitgeber, der sich vergrößern wolle.

Frau Ryborsch weist auf die Gefahr hin, dass die von allen Fraktionen gewünschte Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 bis in diesem Bereich durch eine Überplanung verhindert wird.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass es sich bei der Vorlage des Jahres 2003, die sowohl im Planungsausschuss als auch im Hauptausschuss behandelt wurde, um eine Standortbetrachtung für Gewerbe im gesamten Bereich Bensberg gehandelt habe. Diese Vorlage äußere sich zur Bedarfssituation, zur Geeignetheit von Flächen und zu den Möglichkeiten des Agierens. Die Beschlüsse seien im Hauptausschuss seinerzeit einstimmig gefasst worden. In der Vorlage sei der in Rede stehende Standort als Gewerbefläche enthalten gewesen. Der einzige Unterschied zu heute habe seinerzeit darin bestanden, die Fläche nur langfristig als Gewerbestandort zu entwickeln. Nunmehr gebiete es die aktuelle Entwicklung, kurzfristig zu handeln. Dennoch leite sich die heutige Konzeption sauber aus dem seinerzeit Erarbeiteten ab.

Frau Beisenherz-Galas schlägt vor, dass die Angelegenheit im Planungsausschuss

auf der Grundlage einer sauber erarbeiteten Vorlage entschieden wird.

Für Herrn Lang besteht hinsichtlich der ursprünglich geplanten und nunmehr ange-  
dachten Nutzung der Fläche noch Klärungsbedarf.

Frau Schmidt-Bolzmann weist nochmals darauf hin, dass eine gewerbliche Nutzung  
der in Rede stehenden Fläche ausschließlich für den Fall einer Verlängerung der  
Stadtbahnlinie 1 und der damit verbundenen Anlegung von Park § Ride- Plätzen zu-  
gelassen werden sollte. Nur hierfür habe es eine einvernehmliche Zustimmung ge-  
geben.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der FDP bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP und  
bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden  
**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, für die im langfristigen Leitbild der Rahmen-  
planung Bensberg vorgesehenen Gewerbeflächen im Bereich Vinzenz- Pallotti-  
Str./ Friedrich- Ebert- Str. nunmehr die planerischen Voraussetzungen zu schaf-  
fen.**

**<-@**

#### **10.2 Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in Bergisch Gladbach von 2006 bis 2009**

Frau Ryborsch verweist auf die gute Arbeit der Verbraucherberatung in Bergisch  
Gladbach und den dringenden Handlungsbedarf zu deren Sicherung. Sie empfiehlt  
eine eindeutige Beschlussempfehlung für den Rat im Sinne der Vorlage.

Herr Nagelschmidt betont das Interesse sowohl seiner Fraktion als auch der FDP und  
der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg an einem Erhalt der Verbraucherbe-  
ratung. Der Antrag der SPD- Fraktion vom 13.6.2005 auf unverzügliche Einberufung  
des Rates mit diesem Ziel sei daher überflüssig gewesen. Das Datum des 30.6.2005  
sei mit Blick auf die Vermietungssituation bei Büroräumen längst nicht so entschei-  
dend wie dargestellt. Eine Dringlichkeit sei insofern nicht gegeben gewesen. Genaue  
Modalitäten hinsichtlich einer künftigen Förderung ergäben sich, wenn Klarheit über  
die Höhe des Landeszuschusses bestehe. Er bittet darum, für die Sitzung des Rates am  
5.7.2005 genaue Angaben über die Förderung der Verbraucherberatung durch die  
übrigen kreisangehörigen Kommunen zu machen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende **Beschlus-  
sempfehlung:**

**Die Stadt Bergisch Gladbach schließt mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-  
Westfalen einen Vertrag über eine jährliche Förderung in Höhe von 60.000 € für  
den Zeitraum 2006 bis 2009 unter der Voraussetzung, dass Zuwendungen ande-  
rer Kommunen auf diesen Betrag angerechnet werden.**

#### **11.1 Fortschreibung des Räumlich-Funktionalen Entwicklungskonzeptes (RFK); Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.05.2005**

@-> Frau Ryborsch lobt die hohe Qualität der Vorlage.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Vorbehaltlich freier Zeitkapazitäten in den Fachbereichen wird das Räumlich-Funktionale Entwicklungskonzept nach Sektoren und diese wiederum nach Prioritäten fortgeschrieben (bedarfsorientierte sektorale Fortschreibung).**

<-@

## 11.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur behindergerechten Umgestaltung der Fußgängerzone Stadtmitte**

@-> Frau Ryborsch bedauert, dass in der Stellungnahme der Verwaltung kein Termin für eine Behandlung der Angelegenheit im Hauptausschuss benannt wurde. Sie geht davon aus, dass die Grundeigentümer im Bereich der Fußgängerzone ein hohes Interesse an der gewünschten Umgestaltung haben müssten. Sie möchte wissen, wann eine inhaltliche Behandlung des Antrages erfolgt.

Frau Hammelrath regt an, dass die Projektgruppe Stadtmitte in der Angelegenheit Kontakt mit der Interessengemeinschaft Innenstadt aufnimmt. Sie weist darauf hin, dass die Pflasterung der Fußgängerzone seinerzeit sehr teuer war und mit einer Neugestaltung sehr viel Geld verloren gehe. Sofern im Bereich der Geschäfte die Pflasterung aufgenommen und ersetzt werde, solle man die Steine Gartenbaubetrieben zum Kauf anbieten.

Bürgermeister Orth möchte konkrete Vorschläge erst dann unterbreiten, wenn deren Finanzierung gesichert sei. Vorher sei eine Behandlung im Hauptausschuss nicht sinnvoll.

Herr Schütz bezweifelt vor dem Hintergrund der kritischen Haushaltslage, dass das notwendige Geld für die Umgestaltung bereitgestellt werden könne. Der Bürgerschaft könne in der derzeitigen Situation eine Neugestaltung der Fußgängerzone nicht glaubhaft vermittelt werden.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative folgenden **Beschluss:**

**Die Projektgruppe Stadtmitte wird gebeten, sich mit dem Antrag auseinander zu setzen und in einer der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses zu berichten.**

<-@

## 11.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.05.2005, eine Öffnung der Strunde im Rahmen der Umsetzung der Ziele der Regionale 2010 zu prüfen und ggf. als zu förderndes Projekt beim Regionale- Ausschuss der Bezirksregierung Köln anzumelden**

@-> Herr Ziffus weist darauf hin, dass die Durchleitungskanäle unter den Werksgebäuden der Firma M- Real in einem schlechten Zustand seien. Bereits vor 16 Jahren sei dis-

kutiert worden, in sechs bis acht Metern Tiefe ein Rohr von zweieinhalb Metern Durchmesser unter dem Werk durchzupressen, um eine Sanierung der Kanäle zu umgehen. Bei allen unterirdischen Kanälen sei irgendwann eine Sanierung notwendig, so auch bei den von ihm benannten. Eine Öffnung der Strunde im beantragten Sinne beeinträchtigt die Firma M- Real nicht und stelle im Bereich von deren Repräsentanz sogar eine Verbesserung dar. Sie ermögliche ggf. eine einfachere Sanierung der genannten Kanäle und eine Nutzung derselben zur Hochwasserableitung. Auch wenn die Offenlegung über das Abwasserwerk finanziert werde, entstünden im Vergleich zu einer ausschließlichen Sanierung keine hohen Kosten, da ein oberirdische Führung der Strunde nur einen Bruchteil der Beträge einer unterirdischen verursache. Eine unterirdische Führung verursache die sieben- bis zehnfachen Kosten einer oberirdischen. Für den Antrag seiner Fraktion sprächen nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Gründe. Er beantragt, ihn in Fachausschuss zu überweisen.

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Formulierung in der Stellungnahme der Verwaltung, dass der Finanzierung der Öffnung aus Mitteln des Abwasserwerks durchaus Rechnung getragen werden könne, und möchte wissen, ob sich diese Maßnahme in den Abwassergebühren niederschlagen könne. Für diesen Fall habe seine Fraktion Bedenken. Im Fachausschuss sei daher Aufschluss über eventuell entstehende Kosten zu geben.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass der Bereich der Gewässerunterhaltung im Wesentlichen nicht über Gebühren finanziert werde, sondern aus allgemeinen finanziellen Mitteln der Stadt. Für die geplante Öffnung der Strunde im Bereich der Buchmühle werde ein erheblicher Teil der Kosten über eine Landeszuwendung refinanziert. Landschaftsbauliche Tätigkeiten in diesem Bereich fielen nicht in die Zuständigkeit des Strundeverbandes und seien von der Stadt anderweitig, z. B. über Zuschussanträge im Rahmen der Regionale 2010, zu finanzieren. Sofern sich überhaupt ein Betrag der Strundeoffenlegung im Gebührenhaushalt wiederfinde, werde er nur recht klein ausfallen. Ein solcher begründe sich allerdings aus der Tatsache, dass die Strunde im Bereich der Regenwasserentsorgung als Vorfluter für Anliegergrundstücke durchaus eine Funktion entfalte.

Herr Lang beantragt zu beschließen, dass eine Öffnung der Strunde mit keinen Cent in die Gebührenkalkulation des Abwasserwerks einfließt. Er halte die Öffnung für keine notwendige Maßnahme der öffentlichen Einrichtung der Stadtentwässerung.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass die Strunde im benannten Bereich zu erheblichen Teilen über Privatgelände verlaufe. Insoweit verursache eine Öffnung erhebliche Grundstückskosten. Er regt an, dies zu klären.

Diese Aussage wird von Bürgermeister Orth bestätigt.

Herr Lang hat die Befürchtung, dass sich bei der Verwaltung eine Formulierung wie die von Herrn Dr. Fischer benannte als Finanzierungszusage für die beantragte Maßnahme über den Gebührenhaushalt des Abwasserwerks festsetze. Er wünsche daher eine Klarstellung in dem von ihm beantragten Sinne.

Herr Dr. Fischer beantragt, Beträge, die für eine Öffnung der Strunde im Gebührenhaushalt des Abwasserwerkes veranschlagt werden, gesondert auszuweisen und gegenüber dem Fachausschuss zu verdeutlichen, so dass über diese von Fall zu Fall ent-

schieden werden könne.

Bürgermeister Orth merkt an, dass eine Diskussion über die Gebühren nichts mit dem vorliegenden Antrag zu tun habe. Dieser habe sich auf Grund seiner inhaltlichen Überschneidungen mit den Projekten im Rahmen der Regionale 2010 erledigt und solle nicht weiter verfolgt werden.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag ist erledigt.**

<-@

**11.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2005 zum Unterrichtsrecht für Ratsmitglieder gem. § 113 Abs. 5 GO NRW**

@-> Herr Dr. Fischer begründet den Antrag. Er begrüßt die Auffassung der Verwaltung, dass keine durchgreifenden Bedenken bestehen, dem Anliegen seiner Fraktion insoweit zu folgen, als in regelmäßigen Abständen in den Sitzungen des Rates bzw. der zuständigen Fachausschüsse über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, die die städtischen Beteiligungsgesellschaften betreffen, berichtet wird. Einseitig dargestellt sei jedoch die Abwägung zwischen der Unterrichtungspflicht nach der Gemeindeordnung und der Verschwiegenheitspflicht nach dem einschlägigen Gesellschaftsrecht.

§ 51a des GmbH-Gesetzes regelt umfassend die Auskunftspflicht der Geschäftsführung einer GmbH gegenüber den Gesellschaftern. Auf diese Norm sei in der Vorlage nicht eingegangen worden. Der Begriff der Gesellschafter umfasse hier alle Ratsmitglieder.

Allerdings gehe es der FDP-Fraktion nicht um ein Auskunftsrecht eines jeden einzelnen Ratsmitgliedes, sondern nur um eine zeitnahe Information über die Aktivitäten der Gesellschaften. „Zeitnah“ bedeute hier, dass Entscheidungen grundsätzlicher Art von allen Ratsmitgliedern mit getroffen werden könnten. Selbstverständlich gebe es eine Geheimhaltungspflicht, allerdings könnten gewisse Bereiche durchaus öffentlich diskutiert werden. Insoweit sei eine Aufteilung in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Bereich der jeweiligen Berichterstattung denkbar. Die Ausführungen der Verwaltung auf Seite 3 der Vorlage seien daher nicht stimmig und zu überarbeiten. Insbesondere für Punkt drei des Antrages seiner Fraktion könne eine geeignete Lösung gefunden werden. Dem Antrag sei der Hinweis auf ein kommunalrechtliches Urteil beigelegt worden, aus dessen Begründung die Sichtweise der urteilenden Richter ggf. hätte entnommen werden können. Er schlägt vor, eine neue Vorlage zu erarbeiten, aus welcher konkreter hervorgehe, wie Ratsmitglieder künftig angemessen informiert werden können.

Bürgermeister Orth betont, dass die Verwaltung einen geeigneten Vorschlag unterbreitet habe.

Herr Waldschmidt bewertet die Ausführungen der Verwaltung als schlüssig. Durch einen Beschluss des Rates könne Bundesrecht nicht außer Kraft gesetzt werden. Mit der Vorlage der Verwaltung sei der Antrag abgehandelt.

Herr Nagelschmidt sieht durchaus eine Möglichkeit, die Vorlage im Sinne der Ausführungen von Herrn Dr. Fischer zu überarbeiten. Bei den Gesellschaften, die sich ausschließlich im städtischen Besitz befinden, sei es durch die Jahresabschlüsse bereits jetzt üblich, in öffentlicher Sitzung auch interne Dinge zu diskutieren. Weitergehende Punkte könnten ggf. nichtöffentlich besprochen werden. Eine ausgeweitete Unterrichtung des Rates oder der Ausschüsse könne im Vorfeld ggf. mit den Geschäftsführern dieser Gesellschaften und auch derjenigen, bei denen die Stadt Minderheitsgesellschafter sei, abgestimmt werden.

Herr Ziffus stimmt dem FDP-Antrag zu. Es könne nicht sein, dass die von einem Rat in eine GmbH entsandten keine Berechtigung hätten, die Entsander uneingeschränkt über die Aktivitäten der Gesellschaft zu unterrichten. Selbstverständlich seien die Ratsmitglieder verpflichtet, nach außen zu schweigen. Eine Unterrichtung betreffe alle Aspekte der Führung einer Gesellschaft wie die Strategie, die zielführenden Entscheidungen, die Maßnahmeentscheidungen und die Entlastung. Letztere dürfe ohnehin erst erteilt werden, wenn der Rat seine Zustimmung gegeben habe.

Herr Lang hat kein Verständnis für die in der Vorlage dargelegte Verschwiegenheitspflicht gegenüber den Mitgliedern des Rates. Es könne nicht angehen, dass die Stadt über drei Gesellschaften verfüge, über deren Aktivitäten die Ratsmitglieder nicht umfassend informiert werden dürften.

Herr Dr. Fischer regt nochmals an, die Vorlage zu überarbeiten. Seines Wissens werde die Angelegenheit im Kreistag anders gehandhabt als im Rat. Hier solle man sich informieren und prüfen, ob das dortige Verfahren nicht gegebenenfalls übernommen werden könne. Der Wille des Rates müsse im Rahmen der Gesetzmäßigkeit geltend gemacht werden und ein Maximum an Informationen gewährleistet werden. Eine Berichterstattung habe durch die in eine Gesellschaft entsandten im übrigen zeitnah zu erfolgen, damit dem Rat die Möglichkeit einer schnellen Reaktion erwachse.

Herr Schneeloch führt aus, dass die in eine Gesellschaft entsandten einer persönlichen Haftung unterliegen. Sie hätten daher sorgfältig zu entscheiden, wann über eine Angelegenheit im Rat öffentlich oder nichtöffentlich zu berichten sei. Eine solche Entscheidung könne weder vorgeschrieben noch abgenommen werden.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass für die Eigenbetriebe der Stadt die Werksausschüsse zuständig seien. Eigene Gesellschaften seien zur Zeit nur die Stadtverkehrsgesellschaft, die Bädergesellschaft und die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach. Im Kreistag werde über Aktivitäten solcher Gesellschaften im öffentlichen Teil der Kreistagsitzungen lediglich mündlich auf Anfrage berichtet. Die Äußerungen der betroffenen Kreistagsmitglieder erfolgten in deren eigener Verantwortung.

Die Verwaltung habe zum Antrag der FDP-Fraktion auf umfassende Unterrichtung einen Verfahrensvorschlag unterbreitet. Er schlägt vor, diesem zu folgen, zunächst die Erfahrungen hiermit im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen abzuwarten und anschließend das Verfahren gegebenenfalls erneut zu hinterfragen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

**eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich im alleinigen Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach befinden**

@-> Herr Dr. Fischer sieht im Antrag seiner Fraktion eine Möglichkeit, den Haushalt zu entlasten.

Bürgermeister Orth verweist auf die Stellungnahme in der Vorlage, nach der die Prüfung des Antrages einiger Zeit bedürfe und eine inhaltliche Behandlung in den zuständigen Gremien nach den Sommerferien erfolge.

Es besteht Einvernehmen, dass so verfahren wird.

<-@

**12. Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> 1. Anfrage zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1  
-----

Herr Ziffus nimmt Bezug auf die Diskussion zu Punkt 10 (Rahmenplanung Bensberg -Gewerbe-) und weist auf den Beschluss des Rates hin, die Stadtbahnlinie 1 bis in die Bereiche der Wohnstadt Bensberg zu verlängern. Hiermit kollidiere der zu Punkt 10 gefasste Beschluss, der die Entwicklung eines Gewerbebereiches für die Firma Milteny auf dem in Frage kommenden Grundstück zulasse. Er möchte wissen, wie die Verwaltung diesen Konflikt zu lösen gedenke.

Bürgermeister Orth antwortet, dass der Hauptausschuss heute als Stadtentwicklungsausschuss tätig wurde. Es sei nunmehr die Aufgabe des Planungsausschusses, eine entsprechende Planung zu konkretisieren.

Herr Ziffus möchte wissen, wie nunmehr der Beschluss des Rates zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 zu werten sei.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, dass das in Rede stehende Grundstück so groß sei, dass auf ihm mehr als nur der in Rede stehende Gewerbebetrieb angesiedelt werden könne. Nutzungskonflikte seien somit nicht zu befürchten. Er empfiehlt, die Beratungen im Planungsausschuss abzuwarten. Im übrigen werde die Verwaltung in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit der Integrierten Gesamtverkehrsplanung des Landes erfahren, wie die Zukunft des Projektes einer Verlängerung der Stadtbahnlinie aussehen bzw. innerhalb welcher Frist man mit einer Finanzierung durch das Land rechnen könne. Bislang gebe es keine Bindung des Grundstückes an das Stadtbahnprojekt.

2. Anfragen zum Blumenschmuck des Rathauses Stadtmitte und zur Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle  
-----

--

Herr Freese möchte wissen, weshalb das Rathaus Stadtmitte in diesem Jahr

mit keinem Blumenschmuck versehen wurde.

Bürgermeister Orth sichert zu, dieser Frage nachzugehen.

Herr Freese fragt weiterhin nach, ob für die Finanzierung der Verbraucherberatung auch eine Zuständigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses gegeben sei. Wenn ja, müsse sich dieser am 30.6.2005 mit der Angelegenheit befassen.

Bürgermeister Orth sieht keine Zuständigkeit dieses Ausschusses. Die Entscheidung zur Verbraucherberatung werde in der Luft hängen, da Bergisch Gladbach derzeit von den Regelungen des § 81 der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen betroffen sei. Man dürfe daher keine zusätzlichen freiwilligen Ausgaben eingehen. Dies bedeute, dass die Entscheidung zur Verbraucherberatung neben anderen, die ebenfalls getroffen wurden, im Rahmen des Doppelhaushaltes 2005/2006 unterzubringen sei.

Er stellt klar, dass dies letztlich von den politischen Entscheidungen abhängen. Aus seiner Sicht wäre es besser gewesen, den Dispositionsspielraum durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite zu vergrößern.

Herr Freese weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion von einem unsinnigen Dringlichkeitsantrag für eine Sondersitzung des Rates gesprochen habe. Könne es sein, dass die Vorlagen der Verwaltung für diese Sondersitzung von einer entscheidenden Größenordnung für die Förderung der Verbraucherberatung gewesen wären?

Bürgermeister Orth lässt dies dahingestellt sein. Dies hänge von den Entscheidungen insgesamt ab. Im Übrigen hätten er und der übrige Verwaltungsvorstand hinter dem Vorschlag gestanden, die Hebesatzsatzung in der vorgeschlagenen Art und Weise zu verändern.

3. Anfrage zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1  
-----

Frau Hammelrath kann sich nicht daran erinnern, dass der Rat einen Beschluss gefasst habe, die Stadtbahnlinie 1 zu verlängern und die Umsteigestation exakt auf dem Grundstück zu errichten, auf welchem nunmehr die Expansion der Firma Milteny gestattet werden solle. Sie erinnere sich nur daran, dass es einen Beschluss gebe, dass eine Verlängerung der Stadtbahnlinie angestrebt werde und im Bereich Bockenbergl eine geeignete Möglichkeit hierfür gesucht werden solle. Sie möchte wissen, ob dies richtig sei.

Bürgermeister Orth bestätigt dies.

4. Anfrage zur Auflösung der EBGL  
-----

Herr Lang weist darauf hin, dass seine Fraktion Fragen zur Auflösung der EBGL gestellt habe, und möchte wissen, ob diese schriftlich beantwortet werden. Dies sei wichtig, um zur Behandlung des entsprechenden Antrages seiner Fraktion im Rat hinreichend informiert zu sein. Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster habe jedes Ratsmitglied einen Rechtsanspruch auf eine umfassende Information, der durch die Verwaltung nicht eingeschränkt werden könne. Er bittet darum, die gestellten Fragen schnellstmöglich zu beantworten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass der Antrag im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr behandelt wurde. Die Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg sei mit der Beantwortung der gestellten Fragen in dieser Sitzung offensichtlich nicht zufrieden.

Herr Lang entgegnet, dass der Geschäftsführer der EBGL nicht befugt sei zu entscheiden, wo und wie die von seiner Fraktion gestellten Fragen beantwortet werden.

Bürgermeister Orth sichert zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Herr Dr. Fischer unterstützt das Anliegen von Herrn Lang. Die FDP-Fraktion habe bereits im Fachausschuss darum gebeten, die von der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg gestellten Fragen zu beantworten.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass man über die Qualität der bereits erteilten Antworten durchaus streiten könne.

Herr Jung bestätigt, dass die von der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr auf die Fragen der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg erteilten Antworten wenig zufrieden stellend waren. Daher sei die Verwaltung gebeten worden, die Fragen nochmals schriftlich zu beantworten. Die Antworten sollten nunmehr mit der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses übermittelt werden.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@